

Dezernat IV

Universitätsstadt Gießen · Dezernat II · Postfach 11 08 20 · 35353 Gießen

Herrn
Stadtverordnetenvorsteher

Berliner Platz 1
35390 Gießen
Auskunft erteilt: Frau Weigel-Greilich
■ Telefon: 0641 306 - 1016
Telefax: 0641 306 - 2015
E-Mail: gerda.weigel-greilich@giessen.de

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Datum

II-Wei./si.- STV/0757/2017

13. Februar 2019

Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 28.08.2017 zum Thema "Einstieg in den fahr-scheinlosen Nahverkehr – STV/0757/2017"

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

der im Betreff genannte Antrag wurde in der Stadtverordnetensitzung am 16.11.2017 in geänderter Form beschlossen. Auf unsere Zwischennachricht vom 23.08.2018 wird Bezug genommen.

Der RMV hat sich zwischenzeitlich gemeldet und folgendes mitgeteilt:

"Unseren Berechnungen zufolge würde bei kostenloser Nutzung des Gießener Busverkehrs an einem durchschnittlichen Werktag ein Einnahmeausfall in Höhe von ca. 350 T€ pro Jahr im Binnenverkehr und im einbrechenden Verkehr in Höhe von ca. 100 T€ pro Jahr entstehen. An Samstagen erwarten wir einen Ausfall von ca. 310 T€ pro Jahr im Binnen- und ca. 200 T€ im einbrechenden Verkehr. Sonntage erreichen jeweils einen Wert von ca. 140 T€ bzw. 50 T€ pro Jahr. Grundlage dieser Bewertung sind alle Verkäufe im Gelegenheitsverkehr im Stadtverkehr Gießen auf Basis der Nachfragedaten der Verbunderhebung 2015/16.

Eine Subventionierung bzw. wie in diesem Fall eine kostenlose Nutzung kann nur für vollständige Tarifgebiete (TG) umgesetzt werden. Konkret bedeutet dies eine kostenfreie Nutzung des gesamten TH 1501 (Gießen-Wieseck-Rödgen-Heuchelheim-Lützellinden) mit der Folge, dass über den Stadtverkehr hinaus weitere Verkehrsunternehmen anderer Aufgabenträger von dieser Regelung betroffen wären. Die Kosten der ein- und ausbrechenden Verkehre müssten dann anteilig mit den beteiligten Kommunen verrechnet werden. Des Weiteren besteht die Gefahr, dass regionale Fahrtverbindungen nach Gießen durch Stückelung von Fahrkarten unterlaufen werden könnten. Dies wirkt sich negativ auf die Einnahmen anderer Partner sowie auf die

Finanzierung des Gesamtsystems aus. Aufgrund der Wechselwirkungen zwischen der Nutzung einzelner Fahrkartenarten und der daraus abzuleitenden finanziellen Auswirkungen kann hierzu im Vorfeld keine belastbare Kostenschätzung abgegeben werden. Diese müsste im Nachgang ermittelt und von der Stadt Gießen ausgeglichen werden.

Grundsätzlich begrüßen wir Initiativen unserer Gesellschafter, gemeinsam den öffentlichen Nahverkehr noch attraktiver zu gestalten. Entscheidend bei solchen Angeboten ist der Verbundgedanke, um den ÖPNV in unserer gesamten Region zu stärken. Ferner müsste ein solches Angebot mit der zuständigen Genehmigungsbehörde, dem Regierungspräsidium Darmstadt, abgestimmt und durch diese genehmigt werden."

Eine zukunftsorientierte Finanzierung des ÖPNV sehen wir nicht in einzelnen kostenfreien Angeboten, sondern in der Einführung weiterer Pauschalangebote mit Flatrates wie dem Seniorenticket. Ziel muss ein kostengünstiges, für alle erschwingliches Bürgerticket für alle sein.

Mit freundlichen Grüßen



Gerda Weigel-Greilich
Stadträtin

Verteiler:

Magistrat
SPD-Fraktion
CDU-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AfD-Fraktion
Fraktion Gießener Linke
FW-Fraktion
FDP-Fraktion
Fraktion Piratenpartei/Bürgerliste Gießen